

30 Prozent Bio – kann das gelingen?

Die Ampel-Koalition hat es versprochen: 30 Prozent Bio-Fläche bis 2030. Doch ist das realistisch? Werden so viele Landwirte auf ökologischen Anbau umstellen wollen? Die Skepsis – auch in der Biobranche – ist groß.

Es war einmal eine grüne Landwirtschaftsministerin, die das Ziel ausrief, die Biofläche binnen zehn Jahren auf 20 Prozent zu katapultieren. Das Ziel stand 20 Jahre später immer noch im Nachhaltigkeitsprogramm der inzwischen abgewählten Bundesregierung. Die Biofläche liegt aktuell bei 10,8 Prozent und Renate Künast ist längst Legende. Deshalb begrüßte die Biobranche das Ziel der neuen Bundesregierung von 30 Prozent Bio. *Denn die ökologische Landwirtschaft trägt durch ihren Verzicht auf synthetische Dünger und Pestizide zum Umweltschutz, zu mehr Artenvielfalt auf den Feldern und zu einer artgerechteren Tierhaltung bei.* „Mit 30 Prozent Bio bis 2030 wagt die Ampel mehr Fortschritt. Aus wagen muss jetzt machen werden!“, kommentierte Tina Andres, Vorstandsvorsitzende des Bundes ökologischer Lebensmittelwirtschaft BÖLW, den Koalitionsvertrag.

Jährlich zwölf Prozent Wachstum – bis 2030

Wie herausfordernd das 30 Prozent-Ziel ist, macht folgende Rechnung deutlich: Ende 2021 bewirtschafteten 35.700 Ökobetriebe 1,8 Millionen Hektar (ha), das sind 10,8 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche von insgesamt 16,6 Millionen ha. Bei gleichbleibender Gesamtfläche würden 30 Prozent fünf Millionen ha entsprechen; also müssten in den nächsten neun Jahren bis Ende 2030 noch 3,2 Millionen ha hinzukommen. Das entspräche einer jährlichen Zuwachs-

rate von 12 Prozent. Zum Vergleich: In den Jahren 2019 bis 2021 wuchs der Bioflächenanteil im Schnitt um 5,5 Prozent.

Der geschäftsführende Vorstand des BÖLW Peter Röhrig ist überzeugt: „30 Prozent Ökolandbau gelingen dann, wenn die Ampel jetzt auch mindestens 30 Prozent Umbaupower überall dort investiert, wo es nötig ist: 30 Prozent, wo es um Investitionen in den Umbau von Höfen und Unternehmen geht, 30 Prozent Bio in der Gemeinschaftsverpflegung, 30 Prozent bei der Forschung und Ausbildung und 30 Prozent der Personalkapazität in den relevanten Ministerien und Behörden.“

Von derartigen Umschichtungen steht im Koalitionsvertrag nichts. Dort finden sich in Bezug auf das 30-Prozent-Ziel nur die Sätze: „Hierfür wollen wir die Bundesmittel für das Bundesprogramm Ökolandbau erhöhen und entsprechend dem Ausbauziel Agrarforschungsgelder für Forschungsbelange des Ökolandbaus zur Verfügung stellen. Wir erweitern die Zukunftsstrategie ökologischer Landbau um die gesamte Bio-Wertschöpfungskette.“ Doch nicht einmal diese Ankündigungen wurden im Entwurf des Bundeshaushalts 2022 umgesetzt. Die Mittel für das Bundesprogramm wurden für 2022 vielmehr um 800.000 Euro gekürzt.

Die Fördergelder werden nicht ausreichen

Bio-Landwirte erhalten Prämien, um die durch ihre nachhaltige Wirtschaftsweise bedingten Ertragsverluste auszugleichen. Das Instrument dafür ist die

sogenannte *Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes* (GAK). In diesen Fördertopf fließen die Gelder der EU für Agrarumweltmaßnahmen, aus denen auch die Bioprämie gezahlt wird. Der Bund stockt diese Mittel auf, die von den einzelnen Bundesländern noch erhöht werden können. Für 30 Prozent Bio müssten die GAK und die Länderetats so ausgestattet werden, dass die Förderung für alle hinzukommenden Betriebe reicht. Die Summe müsste also wie die Ökofläche jedes Jahr um 12 Prozent wachsen. Das ist in der langfristigen Haushaltsplanung bisher nicht vorgesehen. Der BÖLW hat vorgerechnet, dass die derzeit eingeplanten Gelder gerade ausreichen, um den Status Quo von 10,8 Prozent Biofläche zu finanzieren.

Soll der Öko-Landbau entsprechend dem Bio-Ziel der Bundesregierung wachsen, müsste diese die GAK-Gelder jedes Jahr um 100 Millionen Euro erhöhen. Der BÖLW kritisiert zudem, dass weitere Förderbedingungen, mit denen die Bundesregierung die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU umsetzen will, Bio-Betriebe benachteiligen und für die Bio-Bauern zu Einkommenseinbußen führen werden. So wurde für alle Betriebe die sogenannte Basisprämie reduziert und die Vorgabe für unproduktive Flächen auf vier Prozent erhöht (stimmt das so?). Zudem erhält ein konventioneller Landwirt eine Prämie für freiwillige Leistungen zum Naturschutz, Biobetriebe aber nicht, da sie bereits ökologisch wirtschaften.

Alle müssen mitwachsen

Doch selbst wenn Bund und Länder mit 30 Prozent Bio ernst machen würden, bleibt das Ziel ambitioniert. Denn nicht nur die Biofläche müsste um 12 Prozent jährlich wachsen, sondern alle, die in der Bio-Wertschöpfungskette beteiligt sind. Es braucht genug Bauern, die auf Bio umstellen wollen. Die Anbauverbände müssten ihre Strukturen und Beratungskapazitäten diesem Wachstum anpassen, Großhändler (oder was bedeutet Erzeuger und Bündler?) ihre Lagerkapazitäten entsprechend ausbauen, Hersteller zusätzliche Produktionskapazitäten schaffen, die Fachhändler mehr Verkaufsfläche. Nicht alle bestehenden

Unternehmen werden sich bis 2030 verdreifachen. Manche werden Bio als Chance nutzen. Schon jetzt wird der Markt durch zahlreiche Start Ups belebt. Zudem werden zahlreiche neue, bisher konventionelle Firmen den Biomarkt für sich entdecken. Damit wird das Bioangebot im Einzelhandel und bei Discountern eine deutlich größere Rolle spielen. *Der Absatz allein über den Naturkostfachhandel wird nicht ausreichen.*

Für die vielen neuen Landwirte und Unternehmen braucht es gute Berater, erfahrene Kontrolleure und jede Menge bio-begeisterte Mitarbeiter. Gute Leute zu finden und den Nachwuchs an Mitarbeitenden zu sichern und fortzubilden, dürfte die größte Herausforderung für die Unternehmen werden. Nicht zuletzt braucht es öffentliche Einrichtungen wie Mensen und Kantinen sowie Kunden, die das Plus an Biolebensmitteln kaufen.

Bio ist nicht das einzige Thema

Landwirtschaftsminister Cem Özdemir kann sich allerdings nicht nur um Bio kümmern. Er wird vor allem damit beschäftigt sein, die konventionelle Landwirtschaft nachhaltig umzubauen. Die Ampel hat sich hier viel vorgenommen: Pestizide reduzieren, Artenvielfalt fördern, Tierbestände verringern und das Tierwohl verbessern. Mit den Berichten verschiedener Expertengremien zu einer nachhaltigen Zukunft der Landwirtschaft – darunter Berichte der Zukunftskommission Landwirtschaft, der Borchert-Kommission, das WBAE-Gutachten – liegen zahlreiche Vorschläge zum Umgestaltung der Landwirtschaft auf dem Tisch und müssten nur angepackt werden. Bilanz ist allerdings wenig passiert.

Das politische Ziel ist auf jeden Fall ein wichtiges Signal, dass sich in der Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft etwas ändern muss. Dazu kann letztlich jeder beitragen, der zu Biolebensmitteln greift.

Anschrift des Verfassers:

Leo Frühschütz, Journalistenbüro Biotext
Sulzbrunn 1
D-87477 Sulzberg

